

Klassengegensatz und „Branchenindividualismus“:

Gewerkschaften und Unternehmer im Ruhrbergbau
vor und in der Kohlenkrise

Ruf des „Radikalismus“ und der „Entradikalisierung“

In den fünfziger Jahren galt der Ruhrkohlenbergbau als eine Branche, die traditionell besonders stark von Klassengegensätzen geprägt erschien. Die Bergarbeiter standen von jeher in dem Ruf, potentiell „radikal“ zu sein. Mit historischen Argumenten begründete Konrad Adenauer in der CDU-Bundestagsfraktion 1959 denn auch seine Einschätzung der Lage im Ruhrgebiet als „innenpolitisches Hauptproblem“ und als „eine sehr gefährliche Situation . . . , die man gar nicht sorgfältig genug behandeln kann.“ Er kenne das „rheinisch-westfälische Industriegebiet“ aus seiner Zeit als Vorsitzender des Provinzialausschusses der Rheinprovinz zwischen 1917 und 1933. „Wenn Sie ihre Gedanken zurückgehen lassen, dann werden Sie wissen, daß die Unruhe im Industriegebiet in der Weimarer Republik immer auf andere Teile Deutschlands überschlug und dort Unruhe hervorrief.“¹ Warnungen vor angeblicher Anfälligkeit der Bergarbeiter für die „rote Gefahr“, die verbunden wurden mit der Erinnerung an „die Vorgänge im Ruhrgebiet kurz nach dem ersten Weltkrieg und vor der nationalsozialistischen Herrschaft“, konnten hoher Aufmerksamkeit gewiß sein.²

Tatsächlich war die KPD bei Reichs- oder Landtagswahlen zwischen 1920 und 1933 im Ruhrgebiet und besonders in Bergbaugemeinden immer überdurchschnittlich erfolgreich gewesen.³ Bei Betriebsratswahlen im Kohlenbergbau hatten die Kommunisten dort unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise 1931 mit erst kurz zuvor gegründeten Organisationen auf Anhieb knapp ein Drittel der Stimmen gewinnen und damit an noch größere Erfolge in den frühen zwanziger Jahren anknüpfen können. Das blieb im Gedächtnis haften, obwohl die kommunistische Agitation zur Auslösung von Massenstreiks gleichzeitig wenig Anklang unter den Bergarbeitern fand.⁴ Diese selektive Wahrnehmung dürfte auch darin begründet gewesen sein, daß die Bergleute sich schon durch ihre großen Streiks im

¹ Archiv für Christlich-Demokratische Politik (= ACDP) VIII-1-1008/2 (16.9.1959).

² Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957-1961, Düsseldorf 1994, S. 295, und vgl. ebd. S. 294-311 passim (Sitzung vom 27.11.1958).

³ Wolfgang Jäger, *Bergarbeitermilieus und Parteien im Ruhrgebiet*, München 1995, S. 30f. und 54.

⁴ Vgl. ebd., S. 49f.; Klaus Wisotzky, *Der Ruhrbergbau im Dritten Reich*, Düsseldorf 1983, S. 22f.

Kaiserreich den Ruf besonderer „Radikalität“ erworben hatten. Die industriellen und sozialen Konflikte an der Ruhr zwischen 1915/16 und 1923 verstärkten diesen Eindruck noch. Selbst von der historischen Forschung sind die konfliktreichen Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital im Zeitalter der entstehenden industriellen Klassengesellschaft oft gerade am Beispiel des Bergbaus untersucht worden.⁵ Dabei ist freilich der populäre Mythos des „Radikalismus“ ersetzt worden durch sehr detaillierte und oft auch kontroverse Ursachenanalysen des sozialen und politischen Verhaltens der Bergleute.⁶

Von solchen differenzierten Analysen heben sich diejenigen Ansätze umso unvoreilhaft ab, die eine „Entradikalisierung“ nach 1945 einseitig und platt ökonomistisch mit einer Anhebung des Lebensstandards erklären möchten.⁷ Josef Mooser hat dagegen schon früh darauf verwiesen, daß mit dem Verschwinden der „Proletarität“, das heißt der für Arbeiter im 19. und frühen 20. Jahrhundert typischen Armut und materiellen Unsicherheit, im Nachkriegsboom zwar durchaus Veränderungen des Arbeiterbewußtseins einhergehen. An der Wahrnehmung eines Interessengegensatzes von Arbeit und Kapital ist dadurch freilich wenig verändert worden.⁸ Zudem hat auch das Ende des Booms nicht zu einer „Reradikalisierung“ geführt. Das zeigten sogar schon die „wilden“ Streiks vom September 1969. In ihnen wurde zunächst der Beginn einer „Rekonstruktion“ einer marxistisch orientierten „Arbeiterklasse“ vermutet. Bei näherem Hinschauen entsprach das Ziel der Streikenden aber „nur“ dem der Gewerkschaften, die auch bald wieder die Kontrolle über die Aktionen übernahmen – nämlich ohne Infragestellung der bestehenden Gesellschaftsordnung eine „gerechte“ Beteiligung an den Unternehmensgewinnen durchzusetzen.⁹

⁵ Siehe paradigmatisch nur Helga Grebing, Arbeiterbewegung: Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1985, die ihren Überblick mit einer Schilderung des Bergarbeiterstreiks von 1889 einleitet.

⁶ Außer den bereits genannten sei hier nur noch verwiesen auf die zwei grundlegenden Werke von Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn 1981, und Franz-Josef Brüggemeier, Leben vor Ort: Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1983, sowie auf Karin Hartwig, Das unberechenbare Jahrzehnt: Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet 1914-1924, München 1993. Literaturüberblicke bis Ende der achtziger Jahre ebd., bei Klaus Tenfelde, Soziale Schichtung und soziale Konflikte, in: Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 187-217, und bei Bernd Weisbrod, Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrbergbau: Vom „Herr-im-Haus“ zur Mitbestimmung, in: Gerald D. Feldman/Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau: Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 107-162 und 349-365.

⁷ Vgl. etwa Klaus Megerle, Die Radikalisierung blieb aus: Zur Integration gesellschaftlicher Gruppen in der BRD während des Nachkriegsbooms, in: Hartmut Kaelble (Hg.), Der Boom 1948-1973, Köln 1992, S. 107-126.

⁸ Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland, Frankfurt 1984, besonders S. 220-222.

⁹ Siehe Michael Schumann u.a., Am Beispiel der Septemberstreiks – Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?, Frankfurt 1971. Vgl. auch Rainer Zoll (Hg.), Arbeiterbewußtsein in der Wirtschaftskrise, 1. und 2. Bericht, Köln 1981 und 1984. Informativ zur Streikwelle an der Ruhr und ihrer zeitgenössischen Wahrnehmung Norbert Kozicki, Aufbruch im Revier: 1968 und die Folgen, Essen 1993, S. 80-90.

* Tatsächlich war das wohl schon bei den Streiks der Weimarer und Kaiserzeit die Motivation einer großen Mehrheit der Streikenden, wie überhaupt die Streikhäufigkeit kaum etwas über einen ohnehin nur schwer zu definierenden „Radikalismus“ aussagt. Sie gibt allerdings Anhaltspunkte dafür, ob der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital eher konfrontativ ausgetragen oder kooperativ gelöst wird. In dieser Hinsicht sind die Septemberstreiks von 1969 durchaus signifikant. Obwohl einer ihrer Schwerpunkte im Ruhrgebiet lag, waren Bergarbeiter daran nur wenig beteiligt. Die Aktionen konzentrierten sich jetzt vielmehr auf die Metallbranche. Anders als in Kaiserreich und Weimarer Republik spielte in der Bundesrepublik die konfrontative Austragung des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital im Bergbau kaum noch eine Rolle.

Dafür gibt es, was zunächst die Bergleute angeht, mehrere Gründe. Zum einen verloren nach 1945 informelle Solidargemeinschaften, die die Basis für „spontane“ Aktionen gebildet hatten, in Betrieb und Wohnumfeld an Bedeutung. Im Zuge der Rationalisierung unter Tage wurde immer mehr das Gruppen- durch das Einzelgedinge abgelöst. Und die Integration der Neubergleute und Gastarbeiter fiel schwerer als zuvor die der polnischen Zuwanderer.¹⁰ Zum anderen gewannen die formellen Organisationen der Gewerkschaften an Einfluß. Bis zum Ende der Weimarer Republik war die Bergarbeiterschaft an der Ruhr politisch und organisatorisch so stark gespalten wie kaum eine andere Gruppe von Arbeitern. Im Kaiserreich verteilte sie ihre Loyalität auf sozialdemokratische, christliche und polnische Gewerkschaften. Während der Weimarer Republik kamen noch kommunistische Organisationen dazu.¹¹ Die Überwindung dieser Spaltung durch Bildung der Einheitsgewerkschaft nach 1945 hatte im Ruhrbergbau deshalb eine besonders große Bedeutung, zumal bald weitgehend Sozialdemokraten den Funktionärskörper der IG Bergbau dominierten, weil die übrigen politischen Richtungen sich auf die eine oder andere Weise an der Basis diskreditiert hatten.¹²

Infolgedessen konnten die Arbeitervertreter wesentlich koordinierter und kraftvoller auftreten. In dieselbe Richtung wirkten die engen Beziehungen der Betriebsräte als Multifunktionäre zu anderen bergbaulichen Organisationen und zu den kommunalen Gliederungen der SPD, die während der fünfziger Jahre in vielen Rathäusern des Ruhrgebiets bereits das Sagen hatte.¹³ Dazu kam außerdem die breite Mitgliederbasis der IG Bergbau, der mit über siebzig Prozent aller Bergleute mehr Arbeiter der Branche angehörten als in

¹⁰ Vgl. Detlev Peukert, *Industrialisierung des Bewußtseins? Arbeitserfahrungen von Ruhrbergleuten im 20. Jahrhundert*, in: Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeit und Arbeitserfahrung in der Geschichte*, Göttingen 1986, S. 92-120.

¹¹ Vgl. Jäger, S. 45-52; Brüggemeier, S. 282f.

¹² Siehe Alexander von Plato, *Betriebsräte geben zu Protokoll*, Berlin 1984; Ders., *Nachkriegssieger – Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet*, in: Lutz Niethammer (Hg.), *„Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist“: Nachkriegs-Erfahrungen im Ruhrgebiet*, Berlin 1983, S. 311-359.

¹³ Vgl. Michael Zimmermann, *„Geh zu Hermann, der macht dat schon“: Bergarbeiterinteressenvertretung im nördlichen Ruhrgebiet*, ebd., S. 277-310.

allen anderen größeren Einzelgewerkschaften.¹⁴ Während Kaiserreich und Weimarer Republik hatte das Unternehmerlager die verschiedenen Organisationen der Bergleute nach Möglichkeit gegeneinander ausgespielt oder ganz ignoriert. Den Arbeitern blieb schon deshalb oft keine andere Wahl, als sich mit Streiks Gehör zu verschaffen. Nach 1945 kamen die Unternehmer dagegen kaum noch daran vorbei, sich mit der Gewerkschaft auseinanderzusetzen.

Das bedingte freilich nicht notwendigerweise kooperativeren Umgang miteinander. Denn gerade an der Ruhr blieb die Einstellung vieler Unternehmer gegenüber den Arbeitern noch lange paternalistisch und konservativ-autoritär geprägt. Dieser „Herr-im-Haus“-Standpunkt hatte vor 1945 die heftigsten Konflikte zwischen den Vertretern von Arbeit und Kapital im Bergbau provoziert. Erst in den 1960er Jahren führte aus dem Unternehmerlager selbst kommende Kritik an diesen „veralteten Methoden“ hier zu wesentlichen Veränderungen. Bis dahin stand einer stärkeren Gewerkschaft auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine Arbeitgeberschaft gegenüber, die noch weitgehend traditionellen Mentalitätsstrukturen verhaftet war.¹⁵

Daß es dennoch in der Nachkriegszeit nicht zu größeren Zusammenstößen zwischen beiden kam, lag vor allem an der Zurückhaltung der politisch belasteten Arbeitgeber und der gemeinsamen Frontstellung gegen die Alliierten. Die Zechenherren, über denen oft wegen ihrer Kooperation mit dem NS-Regime das Damoklesschwert strafrechtlicher Verfolgung schwebte, traten gegenüber den nicht selten als Widerstandskämpfer ausgewiesenen Gewerkschaftsführern sehr vorsichtig auf. Beide schweißte außerdem die gemeinsame Abwehr der alliierten Ambitionen, die Ressourcen der Ruhr auszubeuten, zusammen.¹⁶

Klassengegensatz und „Branchenindividualismus“

Je mehr allerdings die Kontrolle der Siegermächte in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre schrittweise wegfiel und gleichzeitig die Zechenherren durch die Amnestiegesetze von ihren Sorgen befreit wurden, gewannen die Gegensätze wieder an Schärfe. Besonders signifikant dafür waren die heftigen Auseinandersetzungen über die Frage der Arbeitszeit

¹⁴ Vergleich der Organisationsquoten aller DGB-Gewerkschaften, Stand September 1957, Westfälisches Wirtschaftsarchiv Dortmund (=WWA) F 22/18. Nur die Eisenbahnergewerkschaft übertraf die IGB relativ darin geringfügig, die Branche hatte aber absolut deutlich weniger Beschäftigte. Siehe auch Thomas Hagelstange, Die Entwicklung der Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften 1950-1978, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 30 (1979).

¹⁵ Vgl. Weisbrod, Arbeitgeberpolitik; Mark Roseman, Recasting the Ruhr 1945-1958, New York 1992, passim; ders., The Organic Society and the Massenmenschen, in: German History 8 (1990), S. 163-194; allgemein Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt 1985; Zitat: Braune an Winkhaus 21.2.1963, Mannesmann-Archiv M 17-155.

¹⁶ Siehe dazu besonders Roseman, Recasting, S. 279-281 und 297f.

während der Tarifrunde 1952/53. Dieses Thema hatte schon während der Weimarer Republik für vehemente Konflikte zwischen den Tarifparteien gesorgt. Im Frühjahr 1953 führte die Forderung der Gewerkschaft nach einer Reduzierung der Schichtzeit unter Tage auf siebeneinhalb Stunden bis an den Rand des Streiks. 90 Prozent der organisierten Bergleute stimmten in einer Urabstimmung für Kampfmaßnahmen. Erst drei Tage vor dem Beginn des Arbeitskampfes lenkten die Unternehmer zähneknirschend ein, vertieften den entstandenen Graben aber durch die Gegenmaßnahme, in Zukunft die Betriebskassierung der Gewerkschaftsbeiträge zu verweigern.¹⁷ Die Arbeitszeitfrage blieb weiter auf der Konfliktagenda, wobei die IG Bergbau sich am Aktionsprogramm des DGB orientierte. Noch bei dem letzten gemeinsamen Gespräch am „Runden Tisch“ zwischen Gewerkschaft und Unternehmensverband Ruhrbergbau vor der Kohlenkrise im November 1957 kam es darüber zu einem Zusammenstoß, ohne daß eine der beiden Seiten Kompromißbereitschaft zeigte.¹⁸

Ebenso blieb die Frage der Sozialisierung ein Streitpunkt. Die Einführung der Montanmitbestimmung als Ersatz hat in den fünfziger Jahren kein kooperatives Klima im Bergbau schaffen können. Ob sie langfristig zu einer Annäherung der Tarifparteien beitrug, wie oft vermutet worden ist, muß beim bisherigen Stand der Forschung noch offen bleiben.¹⁹ Kurz- und mittelfristig hat sie jedenfalls die Gräben eher vertieft und Unmut auf beiden Seiten erzeugt. Die Gewerkschaften hatten 1951 zu ihrer Erzwingung schon beschlossen zu streiken. Das wurde nur deshalb nicht nötig, weil die Bundesregierung gegen die Alliierten gewerkschaftliche Unterstützung zur Rekonzentration der Montanindustrie brauchte.²⁰ Für die Arbeitnehmer blieb die Mitbestimmung ein unzureichendes Trostpflaster für die verhinderte Sozialisierung. Deren Verwirklichung forderten die Delegierten auf der Generalversammlung der IG Bergbau 1955 erneut.²¹ Den meisten Unternehmern ging dagegen schon die Mitbestimmung viel zu weit. Ihre Versuche, möglichst viele Betriebe deren Geltungsbereich zu entziehen, und die dabei Anfang 1955 fallende Äußerung des Generaldirektors der Gutehoffnungshütte, das Mitbestimmungsgesetz für Kohle und Eisen sei „das Ergebnis einer brutalen Erpressung durch die Gewerkschaften“, führte zu einem eintägigen Demonstrationstreik.²²

¹⁷ Vgl. Karl Lauschke, *Schwarze Fahnen an der Ruhr*, Marburg 1984, S. 39.

¹⁸ Aktennotiz Dahlmann 6.11.1957, IGBE-Archiv 3018.

¹⁹ Karl Lauschke, *Die Praxis der Montanmitbestimmung im Ruhrgebiet*, in: Jan-Pieter Barbian/Ludger Heid (Hg.), *Die Entdeckung des Ruhrgebiets: Das Ruhrgebiet in NRW 1946-1996*, Essen 1997, S. 173-190, bleibt eine positive Antwort auf die Eingangsfrage, ob die Mitbestimmung Spannungen abbaute, schuldig.

²⁰ Vgl. Horst Thum, *Mitbestimmung in der Montanindustrie*, Stuttgart 1982; Norbert Ranft, *Vom Objekt zum Subjekt: Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945*, Köln 1988, S. 28-42. Ulrich Borsdorf bezeichnet diese Entwicklung prononciert sogar als den „Anfang vom Ende des Nachkriegs-Kompromisses“: *WSI-Mitteilungen* 3 (1984), S. 181-195.

²¹ Protokoll 5. Generalversammlung der IGB, 7.-13.8.1955 in Kassel, S. 587f.

²² Vgl. Ulrich Borsdorf, „Die Belegschaft des Hüttenwerkes scheint geschlossen in den Betten

Als der Unternehmensverband Ruhrbergbau, einer Anregung des Bundesverbandes deutscher Arbeitgeberverbände folgend, im nächsten Jahr einen Streikfonds bildete, führte das zu einer weiteren „Verschärfung der Spannungen“. Die Gewerkschaft protestierte mehrfach nachdrücklich und erzwang erneut einen politischen Streik, zumal sie argwöhnte, daß die gesammelten Mittel auch für den CDU-Bundestagswahlkampf 1957 verwendet werden sollten. In der Presse der IG Bergbau wurde die Finanzhilfe der Unternehmer für Adenauer mit der Unterstützung Hitlers durch Thyssen und Kirdorf vor 1933 verglichen.²³ Die politische Polarisierung angesichts der Wahlen vertiefte die Gegensätze, zumal die Gewerkschaften für die Erfüllung ihrer Hoffnungen auf einen Ausbau der Mitbestimmung bis hin zur Sozialisierung auf einen Sieg der Opposition setzten und sich kaum weniger offen für die SPD engagierten als die Arbeitgeber für die Regierung. In dieselbe Richtung wirkte etwa gleichzeitig die branchenübergreifende Solidarisierung des Unternehmerlagers gegen den Werftenstreik in Schleswig-Holstein, mit dem die Gewerkschaften eine grundsätzliche Gewährung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erzwingen wollten.²⁴

Dreh- und Angelpunkt der industriellen Beziehungen im Bergbau waren die Löhne. Auch hier gab es natürlich oft Differenzen. Aber es gab ebenfalls gemeinsame Interessen, die in der Lage waren, Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital in der Branche zu überbrücken und die Solidarität innerhalb der Dachverbände der Gewerkschaften einerseits sowie der Unternehmer andererseits zu erschüttern. Dazu gehörte die Forderung nach der lohn- und sozialpolitischen „Spitzenstellung des Bergmanns“ gegenüber allen anderen Industriebeschäftigten. Die IG Bergbau wollte das Beste für ihre Klientel herauschlagen. Aber auch die Zechengesellschaften hatten ein Interesse an konkurrenzlos hohen Löhnen und Sozialleistungen für die unbeliebte Tätigkeit unter Tage, um angesichts des zunehmenden Arbeitskräftemangels Arbeiter zu gewinnen und zu halten. Beide vertraten daher gemeinsam die Ansicht, die Bergleute müßten wegen der besonderen Schwere und Gefährlichkeit ihrer Arbeit an der Spitze der Lohnskala stehen. Das traf freilich im DGB genauso wenig auf einhellige Zustimmung wie die Forderung nach der „sozialpolitischen Spitzenstellung des Bergmanns“.²⁵

Denn lohn- und sozialpolitische Ansprüche der Bergarbeiterschaft und ihrer Gewerkschaft richteten sich deshalb nicht unbedingt gegen die Arbeitgeber in den Zechengesell-

zu liegen“: Ein Streik für die Montanmitbestimmung, in: Niethammer, „Die Menschen ...“, S. 196-200.

²³ Zitat aus undatierter Stellungnahme der IGB (Anfang November 1956); vgl. Notiz van Berk 5.11.1956 und mehrere Protestschreiben im IGBE-Archiv 3018; Der Spiegel 31.10.1956, S. 26f.

²⁴ Rundschreiben des UVR an seine Mitglieder 2.11.1956, WWA F 29/378, und vgl. Vorstand der IG Metall, 100 Jahre IGM, Köln 1991, S. 400-404. Über die anhaltende Aktualität auch dieses Streitpunktes siehe die Aktennotiz Dahlmanns über die Besprechung der Vorstände von IGB und UVR am „Runden Tisch“, 6.11.1957, IGBE-Archiv 3018.

²⁵ Ebd.

schaften, sondern potentiell auch gegen den Staat und andere Branchen. Damit die Bergbauunternehmer die höchsten Löhne zahlen konnten, mußten sie entweder entsprechend hohe Kohlenpreise erzielen können – und darüber fiel die Entscheidung bis zumindest 1956 nicht in Essen, sondern in Bonn beziehungsweise bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg. Oder die Rentabilität des Bergbaus mußte durch Subventionen erhöht werden, was an dieselbe Adresse verwies. Bei der Tarifrunde im Frühjahr 1956 richtete die Gewerkschaft ihre Streikdrohung daher weniger an den Unternehmensverband als an die Bundesregierung.²⁶ Das Resultat, Bergmannsprämie und Subventionierung des Arbeitgeberanteils zur Knappschaftsversicherung, trug mit dazu bei, daß den Bergleuten bis zur Kohlenkrise tatsächlich die höchsten Löhne in der Industrie gezahlt werden konnten.²⁷

Die Freigabe der Kohlenpreise versetzte die IG Bergbau ebenfalls in einen Zwiespalt zwischen traditioneller Solidarität mit den anderen Gewerkschaften und der SPD einerseits sowie den Interessen der Branche andererseits. Jede Erhöhung der als Schlüsselpreise geltenden Kohlenpreise bedeutete eine Erhöhung der Energiekosten anderer Branchen, und damit potentiell eine Verengung des Spielraums für Lohnfortschritte dort. Sie verteuerte zudem die Lebenshaltung der Verbraucher, für die sich die SPD besonders engagierte. Die Haltung der Bergbaugewerkschaft zur Freigabe der Kohlenpreise und den folgenden Preiserhöhungen war 1956/57 daher ambivalent. In der Öffentlichkeit übte sie zwar Kritik an einzelnen Umständen des Preisanstiegs. So wurde von ihr deren „Ausmaß“ und „die dabei an den Tag gelegte Eile als unverständlich bezeichnet“, und Sympathie mit den dadurch getroffenen Verbrauchern ausgedrückt. Grundsätzliche Kritik wie SPD oder DGB äußerte sie aber nicht.²⁸ Intern rechtfertigte man das durch einen Zusammenhang von steigenden Preisen mit steigenden Sozial- und Lohnleistungen. Die IG Bergbau, erläuterte etwa rückblickend in einem Referat zur Lohnpolitik vor ihrem Hauptvorstand Karl van Berk, „habe so sehr nicht gegen die Kohlenpreiserhöhung ab 1.10.1957 opponiert, da inzwischen verstärkte Anforderungen an den Bergbau gestellt worden sind, in Form einer Erhöhung der Knappschafts- und Berufsgenossenschaftsbeiträge und der durch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle eingetretenen Belastung.“²⁹

Das gemeinsame Interesse an der Garantie einer lohn- und sozialpolitischen Spitzenstellung durch hohe Kohlenpreise bedingte nicht zuletzt auch, daß Unternehmensverband und IG Bergbau grundsätzlich einig gegen Energieimporte auftraten, die die Stellung der heimischen Steinkohle auf dem deutschen Markt zu gefährden drohte. Die Liberalisierung der Einfuhr von US-Kohle und Öl, die Erhards Politik der Preisfreigabe für Ruhrkohle begleitete, lehnten sie ab. Die IG Bergbau überließ den Protest dagegen anfänglich

²⁶ IGB an Bundeskanzler 24.2.1956, Bundesarchiv Koblenz (=BAK) B 136/2495.

²⁷ Vgl. Karl van Berk, Die lohnpolitische Situation im Steinkohlenbergbau, in: Bergbau und Wirtschaft 13 (1960), S. 148.

²⁸ Presseerklärung vom 23.9.1957, IGBE-Archiv 3189.

²⁹ 12.3.1958, ebd. 2159; vgl. auch Dahlmann/IGB an Kattenstroth/BWM 17.7.1956, ebd. 3018.

den Unternehmern, um Konflikte mit der für Liberalisierung eintretenden Arbeiterbewegung zu vermeiden. Sie wurde vom Unternehmensverband allerdings über seine Beschwerden bei Erhard und dessen Reaktionen auf dem laufenden gehalten. Als sich im Herbst 1957 jedoch die Wettbewerbsfähigkeit der Importenergien mit der Ruhr deutlich abzuzeichnen begann, intervenierte ihr Vorsitzender selbst bei dem Wirtschaftsminister und warnte davor, daß „Entscheidungen gefällt werden, die eine ernste Bedrohung für den gesamten Steinkohlenbergbau zur Folge haben.“³⁰

Die IG Bergbau balancierte so in den Jahren vor der Krise auf einem schmalen Grat. Idealtypisch gesehen stand sie vor der Alternative, sich an den Interessen der Arbeiterbewegung oder denen der Branche zu orientieren. Sie konnte versuchen, zusammen mit den anderen Gewerkschaften und der SPD sozialpolitische Ziele in der gesamten Wirtschaft und vielleicht sogar doch noch die Sozialisierung zu erreichen. Die wichtigsten gewerkschaftlichen Waffen des Streiks und der Streikdrohung richteten sich dann gegen das Kapital – direkt gegen die Zechengesellschaften, um Konzessionen bei Lohn und Arbeitszeit zu erreichen, und indirekt gegen das gesamte Arbeitgeberlager, um den politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Oder sie konnte sich an einer engeren Zusammenarbeit mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau orientieren und in Ausnutzung der weitverbreiteten Furcht vor potentiell „Radikalismus“ der Bergarbeiter die gewerkschaftlichen Waffen primär gegen die Bundesregierung richten, um Mittel für Privilegien der Branche zu erkämpfen – ein Kurs, der zu Konflikten mit anderen Gewerkschaften und der SPD führen mußte. 1956/57 neigte sie allerdings noch eher zu einem gewerkschafts-solidarischen Kurs. Das läßt sich an zwei Beispielen illustrieren.

Der DGB hatte 1955 ein Programm aufgestellt, mit dem stufenweise die Fünftagewoche und eine Senkung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich in der gesamten Industrie erreicht werden sollte.³¹ Damit wollten die Gewerkschaften ihre durch den zunehmenden Arbeitskräftemangel stärker werdende Stellung ausnutzen. In dynamischen Wachstumsbranchen, die wie etwa die Autoindustrie den Anteil der Arbeitskosten durch Rationalisierung stark gesenkt hatten, zeigten sich die Unternehmer diesen Forderungen gegenüber auch durchaus aufgeschlossen. Insbesondere VW wurde zum Vorreiter in Arbeitszeitfragen. In weniger prosperierenden und besonders beschäftigungsintensiven Branchen wie dem Steinkohlenbergbau wandten sich die Unternehmer gegen die Schaffung solcher Präzedenzfälle. Der Versuch des Unternehmensverbands Ruhrbergbau, über die industriellen Dachverbände die „Ausreißer“ im Arbeitgeberlager zu disziplinieren und auf eine einheitliche Linie in Lohn-, Sozial- und Arbeitszeitfragen festzulegen, mißlang jedoch.³²

³⁰ Gutermuth an Erhard 2.10.1957, BAK B 136/2505, Bl. 153; vgl. Keyser (Geschäftsführer des UVR) an Gutermuth 25.1. und 28.3.1957, IGBE-Archiv 3018.

³¹ Vgl. Michael Schneider, Streit um Arbeitszeit, Köln 1984, S. 154-160 und 244; Gert Hautsch, Kampf und Streit um Arbeitszeit, Frankfurt 1984, S. 103-118.

³² Vgl. die Ausführungen von Keyser über entsprechende Interventionen des UVR beim BDI, Protokoll der Verbandsausschußsitzung des UVR vom 4.6.1956, WWA F 29/378.

Die Zechengesellschaften bemühten sich deshalb um Unterstützung bei der IG Bergbau. Der Geschäftsführer des Unternehmensverbands Ruhrbergbau Theobald Keyser schlug ihrem Vorsitzenden Heinrich Gutermuth eine „vernünftige Koordinierung“ vor, um auf dem „Weg des Branchenindividualismus“ die Privilegien des Bergbaus durch öffentliche Unterstützung zu erhalten, statt „öffentliche Opfer“ bringen zu müssen. Auf einer Besprechung im Bundeswirtschaftsministerium mit Gewerkschafts- und Unternehmervertretern verschiedener Branchen im Mai 1956 wurden von Keyser in diesem Sinn „die bekannten Argumente auf Erhaltung des Sozialgefälles zugunsten unseres Bergmanns entwickelt und betont, daß die jetzige Stellung des Bergmanns unter Tage an erster Stelle der Lohnskala erhalten bleiben müßte.“ Dagegen wandte sich der Vorsitzende der IG Metall Otto Brenner mit dem Argument, daß progressive „Leichtgewichte“ wie VW, und nicht die schwerfällige Montanindustrie, „den richtigen und gerechten Maßstab für die soziale Entwicklung bilden müßten.“ Es sei nicht richtig, wenn die „Fußkranken“ „die Sozialentwicklung bestimmen könnten.“ Gutermuth als Sprecher der IG Bergbau schloß sich dem an, wenn er gewerkschaftssolidarisch dazu erklärte, „daß sich die soziale Entwicklung insgesamt nicht nach dem Wirtschaftszweig mit den geringsten Möglichkeiten richten dürfe.“³³

Das Angebot des Unternehmensverbands, gemeinsam den „Weg des Branchenindividualismus“ zu gehen, lehnte die Gewerkschaft also zu diesem Zeitpunkt ab. Offensichtlich sah sie darin vor allem den Versuch, sozial- und lohnpolitische Forderungen abzublocken. Zumindest teilweise stimmte diese Einschätzung auch, war das Angebot der Arbeitgeber doch mit der Erklärung verbunden, eine „vernünftige Koordinierung“ der gemeinsamen Interessen sei mit weiteren Lohnforderungen nicht vereinbar, da die Zechengesellschaften nicht zahlen könnten. Nach dem Muster der Tarifrunde vom Frühjahr 1956 sollte eine sozial- und lohnpolitische Privilegierung der Bergleute stattdessen über öffentliche Kassen finanziert werden.³⁴ Hintergrund der Politik des Unternehmensverbands waren aber ebenso tatsächliche Risse im Arbeitgeberlager und wirkliche Differenzen zwischen den Branchen. Auch unter sich und im kleinen Kreis klagten die Zechengesellschaften über den Druck, den die „Sozialkartelle“ aus Arbeitgebern und Gewerkschaften anderer Industriezweige auf die gesamte Kohlebranche ausübten. Der Geschäftsführer des Unternehmensverbands betonte nicht nur gegenüber der IG Bergbau die Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens dagegen. Intern äußerte er ebenfalls die Überzeugung, „daß wir im Bergbau alles zu tun haben, um diesem branchenindividuellen Vorgehen sowohl von Unternehmer- wie auch von Arbeitnehmerseite Widerstand entgegenzusetzen.“ Der „Branchenindividualismus“ der anderen Industrien zwingt Gewerkschaften und Arbeitgeber der Kohlebranche zum selben Kurs.³⁵

³³ Alle Zitate nach dem ausführlichen Schreiben von Keyser an Gutermuth 15.5.1956, das protokollartig auch die wesentlichen Äußerungen der Teilnehmer bei dem Gespräch im BWM am 11.5. wiedergibt, IGBE-Archiv 3018.

³⁴ Ebd.

³⁵ Keyser vor dem Verbandsausschuß des UVR 4.6.1956, WWA F 29/378.

Die IG Bergbau sah das aber noch zur Jahreswende 1957/58 anders, auch wenn zu diesem Zeitpunkt die gewerkschaftliche Solidarität insbesondere mit der IG Metall einer beträchtlichen Belastungsprobe ausgesetzt wurde. In der Bergarbeitergewerkschaft hatte man geplant, die Zeit bis zum Auslaufen des 1956 geschlossenen Arbeitszeitabkommens Ende 1958 für Verhandlungen über den Manteltarif „zwecks Erhaltung der Spitzenstellung des Bergmanns“ zu nutzen. Diese Planung wurde durch plötzliche Forderungen der IG Metall nach Lohn- und Gehaltserhöhungen in der eisenschaffenden Industrie gestört. Intern reagierte man in der Bergbaugewerkschaft darauf ziemlich verstimmt. Gutermuth erklärte vor dem Hauptvorstand die Lohnforderungen der Metaller „für übertrieben und nicht realistisch.“ Er verwies dabei auf „die Notwendigkeit, den Spitzenlohn zu erhalten. Die IG-Metall dürfe also nicht zu weit weglaufen.“ In der Öffentlichkeit wurde etwas vorsichtiger wiederholt erklärt, „die IG-Bergbau sei nur dann interessiert, wenn die Spitzenstellung der Bergarbeiter gefährdet sei.“

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeber und die Metallindustriellen forderten daraufhin gemeinsame Gespräche mit beiden Gewerkschaften und dem DGB. Dazu war zwar die IG Bergbau, nicht aber die IG Metall bereit. Der DGB-Vorstand entschied deshalb, das Gesprächsangebot nicht anzunehmen: „Die IG-Bergbau könne sich in den Lohnkonflikt der eisenschaffenden Industrie mit der IG-Metall nicht hineinzerren und sich als Prellbock gegen berechnete Lohnforderungen der IG-Metall benutzen lassen.“ Es gehe darum, den Arbeitgebern „keine Handhabe zu bieten, unter Berufung auf den Beschluß der IG-Bergbau die Öffentlichkeit gegen die IG-Metall auszuspielen.“ Gutermuth unterwarf sich gewerkschaftssolidarisch dieser Entscheidung und erklärte den Metallindustriellen, „die IG-Bergbau stünde zur IG-Metall und erwarte, daß für die eisenschaffende Industrie ein diskutables Angebot gemacht würde.“ Dahinter stand bei dem Vorsitzenden die Ansicht, durch die Tarifabschlüsse der letzten Zeit saturiert zu sein: „Die IG-Bergbau habe einige Erfolge erzielen können, während die IG-Metall seit 1 ½ Jahren keine Lohnerhöhungen in der eisenschaffenden Industrie habe durchsetzen können.“ Der Hauptvorstand der Bergbaugewerkschaft stimmte Gutermuth trotz einiger Bedenken zu, „um die Lage der IG-Metall nicht zu erschweren“. Der anwesende Vorsitzende des DGB zeigte sich davon „sehr beeindruckt“ und erfreut.³⁶

Die IG Bergbau hielt also an einer gewerkschaftssolidarischen Haltung fest, um Fortschritte für alle Arbeitnehmer zu erzielen. Im Hintergrund stand dabei nicht zuletzt, daß durch gute Tarifabschlüsse 1956 und 1957 die Bergleute wieder an der Spitze der Lohnskala standen, nachdem sie diese Position zwischen 1952 und 1955 an die Beschäftigten der eisenschaffenden Industrie hatten abtreten müssen.³⁷ Durch die Freigabe der Kohlen-

³⁶ Vgl. die Protokolle der Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der IGB vom 9.12.1957, IGBE-Archiv 3189 (erstes Zitat, van Berk), und des Hauptvorstands vom 12.3.1958, S. 5-12, ebd. 2159 (alle weiteren Zitate).

³⁷ van Berk, Lohnpolitische Situation, S. 148.

preise war der Bergbau definitiv wieder in die Gewinnzone gekommen.³⁸ Das schuf verteilungspolitische Spielräume. War noch die Lohnerhöhung vom Frühjahr 1956 nur durch Subventionen der Bundesregierung zu finanzieren gewesen, so fanden die Tarifrunden im Herbst desselben Jahres und 1957 ohne Einschaltung der öffentlichen Kassen statt.³⁹ IG Bergbau und Zehengesellschaften fochten die Verteilungskämpfe gegeneinander aus, nicht tendenziell gemeinsam gegen den Staat. Der Weg des „Branchenindividualismus“ hatte daher 1956/57 zumindest für die Gewerkschaften wenig Anziehungskraft. Die Spitzenstellung des Bergmanns ließ sich gewährleisten, ohne den Staat dafür zur Kasse bitten zu müssen.

Durchbruch des „Branchenindividualismus“ in der Krise

In der Bergbaukrise sollte sich das ändern. Seit 1958 verdrängten Importenergien – vor allem Heizöl, daneben auch amerikanische Steinkohle – die Ruhrkohle schrittweise von den deutschen und europäischen Märkten. Das verengte nicht nur die Verteilungsspielräume in der Bergbaubranche. Es stellte langfristig auch ihre Existenz als Ganzes grundsätzlich in Frage, da Kohle in den meisten Absatzbereichen durch andere Energien ersetzbar war.

Die Krise verschärfte zunächst noch die Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital in der Branche. Denn die Unternehmer reagierten mit einer Ansetzung von Feierschichten, die das Einkommen vieler Bergleute empfindlich schmälerten. Darüberhinaus deuteten sie auch die Möglichkeit von Zechenstilllegungen an. Erstmals seit 1933 begann das Gespenst der Arbeitslosigkeit die Bergarbeiter wieder zu schrecken. In ihren ersten Reaktionen auf die Krise wandte sich die IG Bergbau deshalb vor allem gegen Feierschichten und die Gefahr von Stilllegungen.⁴⁰

Der Gewerkschaftsvorstand intensivierte zudem im Frühsommer 1958 seine Agitation für das Projekt, die Kohlebranche zu sozialisieren. Das ging ursprünglich auf einen Auftrag der Delegiertenkonferenz von 1955 zurück. Jetzt präsentierte der Vorsitzende der IG Bergbau die Sozialisierung als Allheilmittel gegen die Krise. Dieser Plan einer „Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum“ war mit der SPD abgestimmt worden. Von den Unternehmern wurde er, wie zu erwarten, rundweg abgelehnt.⁴¹

³⁸ Werner Abelshäuser, *Der Ruhrkohlenbergbau nach 1945*, München 1984, S. 86.

³⁹ Vgl. Abelshäuser, *Kohle und Marktwirtschaft*, S. 497; UVR an Globke 26.6. und 12.7. sowie Vorlagen für Globke 2.7. und für Adenauer 17.7.1957, BAK B 136/6574.

⁴⁰ Entschließung der Funktionärskonferenz in Gelsenkirchen vom 22.3.1958, abgedruckt in Martin Martiny/ Hans-Jürgen Schneider (Hg.), *Deutsche Energiepolitik seit 1945*, Köln 1981, S. 123f., und IGB an Adenauer 22.4.1958, BAK B 136/2496, Bl. 1f. Zu Ursachen und chronologischem Ablauf der Bergbaukrise vgl. Lauschke, *Schwarze Fahnen*, und Abelshäuser, S. 87-164.

⁴¹ Interview mit Gutermuth in: *Der Spiegel* 7.5.1958, S. 18-21, und sein Referat auf der 6. Generalversammlung der IGB im Juni 1958, abgedruckt bei Martiny/Schneider, S. 125-138; vgl.

Selbst über die Abwehr der Energieeinfuhren war anfänglich eine Einigung innerhalb der Branche nicht zu erzielen. Die Gewerkschaft erklärte die Kohleneinfuhren aus den USA zum „Problem Nr. 1“. Diese müßten unbedingt gedrosselt werden. Es sei nicht einzusehen, „daß die Kumpel an der Ruhr Feierschichten machen und gleichzeitig müßten sie feststellen, wie die Züge der Bundesbahn vollbeladen mit US-Kohle an ihnen vorbeierollen.“⁴² Das fand freilich bei den Bergbauunternehmern keinen Beifall. Denn das lukrative Importgeschäft mit amerikanischer Kohle wurde zu mehr als zwei Dritteln von den Handelsgesellschaften der Ruhrzechen abgewickelt. Diese hatten dabei langfristige Verträge abgeschlossen, deren vorzeitige Auflösung nur mit hohen Kosten und Verlusten möglich war.⁴³

Dagegen forderte der Unternehmensverband Ruhrbergbau vor allem einen Schutz vor Ölimporten. Tatsächlich stellte Heizöl für die Ruhr langfristig einen wesentlich gefährlicheren Konkurrenten dar als Importkohle. Obwohl das bereits frühzeitig erkennbar war, äußerte die IG Bergbau zunächst Vorbehalte gegen die Forderung nach Zöllen oder Steuern auf Öleinführen. Zur Begründung gab Gutermuth etwa an, nach Auffassung der Gewerkschaft sei „der Siegeszug des Heizöls nicht aufzuhalten.“⁴⁴ Tatsächlich hielt die IG Bergbau sich mit einer Stellungnahme gegen Ölimporte vielmehr aus Solidarität mit der übrigen Arbeiterbewegung zurück. Denn die SPD lehnte im Interesse der „revierfernen“ Verbraucher und „kleinen Leute“ Steuern oder Zölle auf Heizöl ab. Stattdessen schlug sie wie der DGB-Vorstand eine Arbeitszeitverkürzung vor, um die als unumgänglich angesehene Schrumpfung des Bergbaus sozial verträglich zu gestalten. In der Arbeiterbewegung gab es darüber zunehmend Auseinandersetzungen, die allerdings weitgehend hinter verschlossenen Türen geführt wurden.⁴⁵

Die Solidarität der IG Bergbau ermöglichte es den von Wirtschaftsminister Ludwig Erhard angeführten Kräften in der Bundesregierung nämlich, die gegen jeden Schutz für die heimische Kohle eintraten, die Vertreter der Branche gegeneinander auszuspielen. In

Archiv der sozialen Demokratie Bonn (=AdsD), SPD-Parteivorstandssitzung mit Gutermuth 24.1.1958, und Korrespondenz zwischen Partei und Gewerkschaft in AdsD NL Deist 84; zur Reaktion der Unternehmer Abelshäuser, Ruhrkohlenbergbau, S. 100.

⁴² Niederschrift über Sitzung im Bundeskanzleramt 6.8.1958, abgedruckt bei Martiny/Schneider, S. 142-152, Zitat 143 (aus dem IGBE-Archiv, zu ergänzen durch BAK B 136/2496, Bl. 255-261). Vgl. schon Martiny/Schneider, S. 123f. (22.3.); IGB an Adenauer 22.4.1958, BAK B 136/2496, Bl. 1f.

⁴³ Zum Importgeschäft vgl. die Angaben in BAK B 136/2496, Bl. 38-40.

⁴⁴ Sitzung im Bundeskanzleramt 6.8.1958, Martiny/Schneider, S. 149. Lauschke, Schwarze Fahnen, S. 19 und 31, bringt weitere Belege für die Fixierung der IGB auf die Verhinderung von Kohleimporten und ihr vergleichsweises Desinteresse für die Heizölkonzurrenz noch bis 1959/1960. Zurecht wendet er sich deshalb gegen die Annahmen von Abelshäuser, die Gewerkschaft habe im Gegensatz zum UVR „schon frühzeitig als einsamer Rufer in der Wüste die Zeichen der Zeit erkannt“. Die Kontroverse setzt freilich nur oberflächliche zeitgenössische Schuldzuweisungen fort. Die eigentliche Ursache für das Verhalten der IGB erschließt auch Lauschke nicht.

⁴⁵ SPD-Parteivorstandssitzungen mit Gutermuth 23.10. und 28./29.11.1958, AdsD.

Bonn gab es zwar durchaus auch einflußreiche Strömungen, die bereit waren, die Ruhr vor den Konkurrenzenergien aus Übersee zu schützen. Ihr wichtigster Vertreter war Bundeskanzler Konrad Adenauer. Adenauer hielt das Ruhrgebiet für einen allzeit fruchtbaren Nährboden von „Radikalismus“ und glaubte mit größter Sorge beobachten zu können, daß es angesichts der Bergbaukrise zu einem „Tummelfeld kommunistischer Agenten“ wurde. Zudem hielt er eine Stützung der heimischen Kohle aus Gründen der Versorgungssicherheit für angebracht.⁴⁶ Erhard betonte dagegen das Wettbewerbsprinzip und nutzte die Gegensätze zwischen Gewerkschaft und Unternehmerverband im Bergbau taktisch geschickt aus, um protektionistische Maßnahmen zu verhindern.

Die Voraussetzungen für das taktische Wechselspiel des Wirtschaftsministeriums schwanden allerdings im Spätsommer und Herbst 1958 zusehends. Bereits am 31. Juli schlug die IG Bergbau dem Unternehmensverband Ruhrbergbau vor, „eine gemeinsame Aussprache zwischen Ihnen und uns am gemeinsamen Tisch herbeizuführen.“ 1956/57 hatte gerade die Gewerkschaft den um ihre Unterstützung für einen „branchenindividualistischen“ Kurs werbenden Unternehmern einen Korb gegeben. Jetzt plädierte sie wegen der Kohlenkrise selbst für eine solche Kooperation: „Die Lage im Ruhrbergbau hat inzwischen einen Verschlechterungsgrad erreicht, der für uns Veranlassung sein müßte, gemeinsam mit allen Mitteln zu versuchen, der Entwicklung zu begegnen.“

Die Führung der IG Bergbau sparte dabei nicht mit Kritik an den Zechengesellschaften. Im Gegensatz zur Gewerkschaft glaube ein Teil der Unternehmer offenbar noch, daß es sich nur um eine konjunkturelle statt einer Strukturkrise handle. Die von einigen Zechen angestellten Überlegungen, durch Entlassungen die Rentabilität der Betriebe zu sichern, würden den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital in der Branche zusätzlich vertiefen. Man müsse zusammen eine andere Lösung finden. In diesem Sinn halte man es „für dringend erforderlich, daß in einer gemeinsamen Aussprache nicht nur die politische Lage besprochen wird, sondern auch Überlegungen über die Notwendigkeit zur Änderung der bestehenden Situation erfolgen.“

Als erste Voraussetzung für eine gemeinsame Interessenvertretung der Branche forderte die Gewerkschaft Einigkeit des Arbeitgeberlagers in Strategie und Taktik: „Wir bedauern außerordentlich, daß in Kreisen des Unternehmensverbandes über die notwendigen Maßnahmen zur Steuerung der Lage keine einheitliche Auffassung besteht. Es befremdet uns sehr, daß Mitglieder des Unternehmensverbandes nicht den Mut zum erforderlichen Widerstand besitzen und eine Politik des Wirtschaftsministeriums gutheißen, die dem Kohlenbergbau nicht dienlich sein kann.“⁴⁷

Dieser Aufruf der Gewerkschaft zur Kooperation und Herstellung einer einheitlichen Front gegenüber der Verschleppungstaktik des Wirtschaftsministeriums fand ein Echo

⁴⁶ „Adenauer: ... um den Frieden zu gewinnen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands, Düsseldorf 1994, Sitzung vom 27.11.1958, S. 263-265, 298f., 302f., 309f.

⁴⁷ Guterath/IGB an Wimmelmann/UVR 31.7.1958, IGBE-Archiv 3018.

zumindest bei dem Geschäftsführer des Unternehmensverbands Keyser. In einer Besprechung beim Bundeskanzler am 6. August sorgte er nicht nur für ein relativ geschlossenes Drängen der Arbeitgeberseite auf staatliche Schutzmaßnahmen für die Ruhrkohle. Er versuchte auch die programmatischen Differenzen zwischen Zehengesellschaften und IG Bergbau möglichst zu überspielen.⁴⁸ Für den Folgetag beraumte Keyser zudem eine gemeinsame Pressekonferenz von Unternehmensverband und Gewerkschaft in Essen an. Dort wurde die Übereinstimmung herausgestellt, die zwischen beiden zumindest über das Verlangen nach einer „Grundlast“ für Ruhrkohle bestand. Hinter dem Begriff verbarg sich letztlich die Idee, dem heimischen Bergbau seinen Absatz zu garantieren. Nur zur Deckung des darüber hinausgehenden Bedarfs bei besonders starker Energienachfrage in Zeiten der Hochkonjunktur sollten Energieeinfuhren zugelassen werden. Die Forderung nach einer „Grundlast“, auf die auch Gutermuth Anspruch erhob,⁴⁹ schuf eine ausbaufähige gemeinsame Plattform für Unternehmensverband und IG Bergbau.⁵⁰

Der Appell der Gewerkschaft zu einer Zusammenarbeit in der Bergbaubranche fand auch bei Helmuth Burckhardt, dem designierten neuen Vorsitzenden des Unternehmensverbands, eine positive Aufnahme. Erleichtert wurde das durch ein Entgegenkommen der IG Bergbau in der alten Streitfrage der Sozialisierung. Nach kontroversen inneren Diskussionen im Hauptvorstand entschloß die Gewerkschaft sich, in der Besprechung mit dem Unternehmensverband beim Bundeskanzler ihren Plan einer Vergesellschaftung nicht mehr zu erwähnen.⁵¹ Stattdessen betonte sie die Forderung nach einem Energiewirtschaftsrat. Dieses korporative Organ sollte Gewerkschaften und Unternehmern der Branche weitgehende politische Kompetenzen verschaffen. Burckhardt, der eine Sozialisierung scharf ablehnte, unterstützte das Projekt eines Energiewirtschaftsrates nachdrücklich. Obwohl wegen des Widerstandes aus dem Wirtschaftsministerium nichts wurde, so zeichnete sich doch auf einem weiteren Gebiet die Überbrückung von Gegensätzen und das Entstehen von Gemeinsamkeiten zwischen Gewerkschaft und Unternehmern im Bergbau ab.⁵²

Zwischen beiden entwickelte sich schließlich, trotz bleibender Spannungen, eine zunehmende arbeitsteilige Kooperation im gemeinsamen Interesse der Branche. Eine dramatische Zuspitzung der Absatzkrise des Bergbaus führte im Oktober 1958 nicht nur zur Verdoppelung der Zahl der Feierschichten an der Ruhr. Auch die bisherigen Gedankenspiele

⁴⁸ Vgl. das Protokoll bei Martiny/Schneider, S. 145.

⁴⁹ IGB-Hauptvorstandssitzung 12.3.1958, IGBE-Archiv 2159; Die Bergbauwirtschaft 11 (1958), S. 575.

⁵⁰ Unsignierter Vermerk vom 7.8. und Vermerk Haenlein 5.8.1958, BAK B 136/2496, Bl. 264 und 242f.

⁵¹ Hauptvorstandssitzung 19.8.1958, IGBE-Archiv 3238.

⁵² Besprechung vom 6.8., Martiny/Schneider, S. 144 (Gutermuth), 148 (Burckhardt), 144, 146, 147, 150, 152 (Adenauer); Adenauer an Erhard 6.8., Archiv der Ludwig-Erhard-Stiftung (=AdLES) NL Erhard I.1/6; Globke an Erhard 13.8., Antworten 24.9. und 3.10.1958, Vermerke 24.11.1958 und 28.1.1959, BAK B 136/2506, Bl. 123-132.

der Zechengesellschaften über Stilllegungen verdichteten sich jetzt zu konkreten Vorhaben. Statt zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern führte dies jedoch dazu, daß der Dialog zwischen beiden auf Initiative der Gewerkschaft weiter intensiviert wurde. Ende Oktober schlug die IG Bergbau dem Unternehmensverband Ruhrbergbau vor, bereits angesetzte Treffen zur langfristigen Ausräumung der Gegensätze in der Arbeitszeitfrage mit Gesprächen „über die Lage unserer Kohlenindustrie“ zu verbinden.⁵³ Der Verlauf dieser Gespräche kann zwar nicht im einzelnen rekonstruiert werden. Ihre Resultate lassen sich aber aus dem veränderten Verhalten der Gesprächspartner gegenüber dem Staat und besonders aus dem der IG Bergbau gegenüber SPD und DGB erschließen.

In der Arbeiterbewegung hatte bis 1958/59 grundsätzlich Einigkeit über die Ziele einer Sozialisierung des Bergbaus und einer Arbeitszeitverkürzung bestanden. Angesichts der Kohlenkrise taten sich jedoch Zielkonflikte auf. Der wirtschaftspolitische Sprecher der sozialdemokratischen Parteiführung Heinrich Deist sah die Sozialisierung als Voraussetzung dafür, eine „volkswirtschaftliche Anpassung“ des Bergbaus durchführen zu können. „Für eine endgültige Lösung des Kohlenproblems“ setzten SPD- und DGB-Führung zudem auf eine „Senkung der Förderleistung durch Arbeitszeitverkürzung.“ Sie akzeptierten damit die im Verbraucherinteresse liegende Verdrängung der heimischen Kohle durch die billigeren Importenergien. Deist gab sich zwar in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion überzeugt, daß der Bergbau durch „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ rentabler und damit wettbewerbsfähig gemacht werden könne.⁵⁴ Insgeheim sah er den Sinn der Sozialisierung jedoch nur darin, die für unumgänglich gehaltene Schrumpfung der Branche sozialverträglicher zu gestalten.⁵⁵

Die IG Bergbau hatte freilich ebensowenig Vertrauen in die wettbewerbsfördernde Kraft der Sozialisierung. Unmißverständlich erklärte ihr Vertreter in der SPD-Bundestagsfraktion, ein Abgeordneter mit dem passenden Namen Karl Bergmann: „Für die Entwicklung des Kohlepreises ist die Sozialisierung des Bergbaus nicht das Heil.“ Stattdessen betonte er die Forderung nach protektionistischen Maßnahmen.⁵⁶ Intern hatte die Gewerkschaftsführung die Forderung nach Sozialisierung abgeschrieben. Wenn sie seit November 1958 in öffentlichen Demonstrationen und gegenüber der Bundesregierung das schon fallengelassene Verlangen nach „Neuordnung“ und „Überführung in Gemeineigentum“ dagegen wieder aufgriff,⁵⁷ geschah das aus taktischen Gründen. Im Hauptvorstand machte Gutermuth kein Hehl daraus, daß die öffentliche Sozialisierungsrhetorik

⁵³ Gutermuth/IGB an Burckhardt/UVR 28.10.1958, IGBE-Archiv 3018.

⁵⁴ Die SPD-Fraktion im deutschen Bundestag: Sitzungsprotokolle 1957-1961. Bearbeitet von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1993, S. 189-191 (27.1.1959).

⁵⁵ Deist an Triem, 26.5.1960, AdsD NL Deist 9.

⁵⁶ SPD-Fraktion, S. 190 (27.1.1959).

⁵⁷ EntschlieÙung der Funktionärskonferenzen 9.11.1958, Martiny/Schneider, S. 154f.; Bergbau und Wirtschaft 12 (1959), S. 259-263; Vermerk Gocht für Westrick über Gespräch mit IGB-Vertretern 29.7.1959, BAK B 102/33350.

nur dazu diene, die Bundesregierung aus Furcht vor einer „Radikalisierung“ im Bergbau zu Konzessionen auf sozial- und handelspolitischem Gebiet zu bringen.⁵⁸

Auch in der Frage der Arbeitszeit schlug die Bergarbeitergewerkschaft einen „branchen-individualistischen“ Kurs ein. Noch im Winter 1957/58 hatte sie auf Bitte des DGB bereitwillig Abstriche von eigenen Interessen zugunsten der IG Metall gemacht. Schon Ende November 1958 dagegen beklagte sich der DGB-Vorsitzende Willi Richter im sozialdemokratischen Parteivorstand über die „Eigenständigkeit“ der IG Bergbau, „wo überhaupt nicht mehr von der Fünftagewoche geredet wird, obgleich es ein Mittel zur Behebung der Kohlenüberschußkrise sein könnte.“ Gutermuth habe „eine Besprechung im Bundesvorstand [des DGB] abgelehnt und ging von sich aus zu Adenauer und Erhard wegen der Hilfe im Bergbau.“ In der IG Bergbau bestand zwar durchaus großes Interesse an der Arbeitszeitverkürzung. Diese sollte aber nicht einfach das Schrumpfen der Branche sozialpolitisch verträglicher machen, zumal dann ein voller Lohnausgleich unmöglich war.

Gewerkschaften und Unternehmer im Bergbau setzten dagegen gemeinsam darauf, über den Staat eine Ausschaltung der Konkurrenzenergien zu erreichen und so die Branche zu konservieren. Gelänge dies, wäre nicht nur eine Arbeitszeitverkürzung *mit* Lohnausgleich möglich. Es entfielen dann auch die das Verhältnis der Tarifpartner belastende Notwendigkeit von Stilllegungen. Aus den staatlichen Einnahmen durch Kohlenzoll und Ölsteuer ließe sich sogar den Bergleuten nachträglich ein Ersatz für Feierschichten zahlen. Diese Forderungen wurden gegenüber der Bundesregierung arbeitsteilig vertreten. In Abstimmung mit dem Unternehmensverband entwarf die IG Bergbau den Vorschlag, aus Steuermitteln einen Härteausgleich für die vergangenen Feierschichten zu gewähren. Die Gewerkschaft übernahm es, diesen Punkt mit dem nötigen Druck auf die Bundesregierung in der Öffentlichkeit zu vertreten.⁵⁹ Dafür drängte der Unternehmensverband auf Schutz gegen das Öl.⁶⁰ Hielt die IG Bergbau sich hier zunächst öffentlich noch zurück, um ihre Verbindungen zur SPD nicht vollends zu zerrütten, so unterstützte sie die Forderung verkläusuliert in nichtöffentlicher Verhandlung mit der Regierung.⁶¹ Die Gewerk-

⁵⁸ Vgl. Protokoll des IGB-Hauptvorstands 12.8.1959, IGBE-Archiv 3238.

⁵⁹ IGBE, 1957-1960: Statt Kohlen-Krise Energiepolitik, Bochum o.J. [1960], S. 32f.

⁶⁰ Burckhardt an Adenauer 15.11.1958, BAK B 136/2497, Bl. 21-32; Burckhardt an Meyers 20.7.1959, HSAD NW 189/212, Bl. 1f., und Vermerk Loosen/Haenlein für Adenauer 24.7.1959, BAK B 136/2501, Bl. 35f.

⁶¹ So bat Gutermuth schon am 6.8.1958 im Bundeskanzleramt, die damit zusammenhängenden Fragen „sollen vertraulich behandelt werden“ (Martiny/Schneider, S. 152). Am 18.11.1958 erklärten die Gewerkschaftsvertreter bei Adenauer zwar zunächst eine Lösung des Feierschichtenproblems für vorrangig, erkundigten sich dann aber angelegentlich danach, wie die Regierung zur dafür vom Unternehmensverband zur Voraussetzung gemachten Ölsteuer stehe und drängten den Kanzler schließlich zu einer grundsätzlichen Lösung des „Kohle-Öl-Problems“ (Geheimes Kurzprotokoll, BAK B 102/33348). Vgl. ebenso das Protokoll der Verhandlung zwischen Gutermuth und Westrick 6.8.1959 (BAK B 102/33349) und Gutermuths Bericht darüber im IGB-Hauptvorstand 12.8., S. 3-5, IGBE-Archiv 3238.

schaft unterstützte zudem das Verlangen nach staatlicher Finanzhilfe bei der Ablösung der von den Zechenhandelsgesellschaften abgeschlossenen langfristigen Einfuhrverträge über US-Kohle. Damit wurde zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern im Bergbau Einigkeit darüber erzielt, einen weiteren Streitpunkt nach Möglichkeit auf Staatskosten zu neutralisieren.⁶²

Während in der Bergbaubranche eine Einigung über eine gemeinsame Politik gegen die Kohlekrise zustande kam, gelang das in den Dachverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht. Im BDI traf die Kernforderung des Bergbaus nach Diskriminierung der billigeren Importenergien auf den entschiedenen Widerstand der energieverbrauchenden Industriezweige, allen voran der Chemie.⁶³ Der DGB-Vorstand versuchte, die IG Bergbau von einer Verfolgung des „branchenindividualistischen“ Kurses abzubringen, indem er die Solidarität der Arbeiterbewegung mit dem „Kumpel“ in sozialpolitischen Fragen hervorhob. Hier traten jedoch ebenfalls die Vertreter der Chemiebranche als Sprecher des Widerstands gegen die Ölsteuer auf. Die vorgeschlagene „Solidaritätskundgebung den Kumpels gegenüber“ kam in dieser entscheidenden energiepolitischen Frage daher nicht zustande.⁶⁴ Die Konflikte zwischen den angeschlossenen Branchen machten es wie dem BDI auch dem DGB unmöglich, Einfluß auf den Kurs der Energiepolitik zu nehmen.

Angesichts der Krise erwies sich der Klassengegensatz als zunehmend irrelevant. Dagegen gewannen die Branchengegensätze an Bedeutung. Im Bergbau vereinten Gewerkschaft und Unternehmensverband ihre Kräfte, um einen möglichst umfangreichen Schutz für die heimische Kohle zu erreichen. Dabei marschierten sie öffentlich oft weiter getrennt, um die jeweiligen Beziehungen zu beiden großen Parteien ausnutzen zu können.⁶⁵ Vor allem aber schlugen sie nach Kräften Kapital aus dem den Bergarbeitern anhaftenden Ruf des „Radikalismus“.

Demonstrativer „Radikalismus“

In öffentlichen Bekundungen Bonner Politiker dominierte während der fünfziger Jahre plakativ die Beteuerung, in der Auseinandersetzung mit den in der „Sowjetzone“ regierenden Kommunisten um die Gunst der deutschen Bevölkerung alle Trümpfe in der eigenen Hand zu wissen. Bester Beleg dafür war der nicht abreißende Strom derjenigen, die der DDR den Rücken kehrten, um im „goldenen Westen“ ihr Glück zu suchen. Der Kontrast zwischen westdeutschem „Wirtschaftswunder“ und den offensichtlichen Mängeln

⁶² Protokoll einer Besprechung IGB-BWM mit Gutermuth und Erhard 23.1.1959, BAK B 102/33350.

⁶³ Vermerk über die Sitzung des BDI-Präsidiums, ACDP NL Becker 71/3.

⁶⁴ DGB: 5. ordentlicher Bundeskongreß, Stuttgart, 7.-12.9.1959, S. 64f., 75, 82f., 438-454.

⁶⁵ Vgl. etwa Keyser an Gutermuth 10.3.1960, IGBE-Archiv 3018, über die Einflußnahme des UVR auf die CDU und die der IGB auf die SPD, um die Ölsteuer in Bundestag und Bundesrat durchzubringen.

des im Osten betriebenen Experiments eines Sozialismus auf deutschem Boden erscheint allerdings im Nachhinein oft deutlicher, als er sich den Zeitgenossen darstellte. Tatsächlich steckte hinter der seitens der Bonner Bundespolitiker vollmundig vorgetragenen Überzeugung von der eigenen Überlegenheit im Westen zumindest bis zum Bau der Mauer nicht selten tiefe Unsicherheit darüber, ob die Antwort auf die deutsche Frage letzten Endes nicht doch noch aus Ost-Berlin kommen würde. Das zeigt sich besonders in der Bergbaukrise, mit der sich fast von Anfang an die Angst vor politischem „Radikalismus“ verband. Diese Angst nutzten Arbeitgeber- wie Arbeitnehmervertreter der Kohlebranche geschickt aus.

Der Geschäftsführer des Unternehmensverbands Ruhrbergbau Theobald Keyser hatte bereits angesichts des ersten Ansteigens der Halden die Gefahr von politischem Radikalismus durch wirtschaftliche Krisenerscheinungen im Bergbau in kräftigsten Farben an die Wand gemalt: „Millionen Tonnen Kohle auf den Ruhrhalden“ hätten „1933 mit dazu beigetragen, Hitler an die Macht zu bringen. Heute könnten sie unter Umständen helfen, Chruschtschow an die Ruhr zu bringen.“⁶⁶ Ähnlich warnte der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft Heinrich Gutermuth im April 1958 bei einem Gespräch mit Bundeskanzler, Wirtschafts- und Arbeitsminister vor „Tendenzen zur Radikalisierung“ in der eigenen Basis. Schon seit den ersten Feierschichten agitierten „tausende Ostagenten“ im Ruhrrevier.⁶⁷ Zu der Warnung vor einem roten Revier, mit dem in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren die Bitte um staatliche Protektion für den Bergbau unterstrichen wurde, kam Mitte der sechziger das Schreckbild von NPD-Wahlerfolgen an der Ruhr hinzu.

Da bloße Warnungen vor Radikalismus an der Ruhr in Bonn aber nur wenig Wirkung zeigten, fuhr die Gewerkschaft bald schwereres Geschütz auf. Zuerst hatte sie das Gespräch mit der Bundesregierung gesucht und darauf gebaut, daß besonders Adenauers Furcht vor Unruhe im Revier ihn dazu bewegen würde, kurzfristig für die Einleitung von Schutzmaßnahmen zugunsten der heimischen Kohle ausreichenden Druck auf das widerstrebende Wirtschaftsministerium auszuüben. Je länger freilich eine Erfüllung dieser Hoffnung auf sich warten ließ, desto mehr wuchs in der IG Bergbau die Kritik an den Besprechungen mit dem Kanzler. Bereits auf der Hauptvorstandssitzung der Gewerkschaft Mitte August 1958 wurde vorgeschlagen, wenn „nichts dabei herauskäme, müsse ernsthaft überlegt werden, ob diese Gespräche weitergeführt werden sollten.“⁶⁸ Im Oktober schwenkte die Gewerkschaft endgültig auf die Alternativtaktik um, durch die Organisation von massenhaftem öffentlichen Protest Druck auszuüben. Die direkten Gespräche mit der Bundesregierung dagegen wurden abgebrochen. Ihr wurden die Forderungen der Gewerkschaft nur noch durch Dritte übermittelt. Als „Briefträger“ fungierten so die nordrhein-westfälische Landesregierung, die dabei von einer gemeinsamen „Kohlefraktion“

⁶⁶ Zitiert nach: Der Spiegel 12.3.1958.

⁶⁷ Protokoll eines Gesprächs vom 28.4.1958, BAK B 136/2496, Bl. 38-40.

⁶⁸ 19.8.1958, IGBE-Archiv 3238.

aller drei im Düsseldorfer Landtag vertretenen Parteien unterstützt wurde, und nicht zuletzt der Unternehmensverband Ruhrbergbau.⁶⁹

Der Wechsel zur Taktik der öffentlichen Zurschaustellung von Unruhe unter den Bergleuten gegenüber Bonn ging parallel zu den Initiativen des Gewerkschaftsvorstands, die Kontakte mit den Zechengesellschaften zu intensivieren. Anfangs plädierte zwar noch ein Teil der führenden Gewerkschafter für den wirklich radikalen Schnitt eines Abbruchs der Beziehungen nicht nur zur Bundesregierung, sondern auch zu den Unternehmern. Sie konnten sich damit aber im Vorstand der IG Bergbau nicht durchsetzen. Nachdem die Taktik des nur demonstrativen „Radikalismus“ im Frühjahr 1959 mit dem Kohlenzoll erste Erfolge erzielt hatte, war die Kooperation mit dem Unternehmensverband nicht mehr umstritten. Nur in der Öffentlichkeit gehörten auch Angriffe auf die Zechengesellschaften weiterhin zum Repertoire, mit denen die Gewerkschaftsführung ihre Mitglieder zu Demonstrationen mobilisierte.⁷⁰

Den Anfang machten dabei am 9. November 1958 Kundgebungen mit insgesamt zehntausend Funktionären in Essen, Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und im Aachener Steinkohlenrevier.⁷¹ Da deren Wirkung nur gering blieb, setzte die IG Bergbau für den 25. Januar 1959 eine Großdemonstration in Bochum an. Die ursprünglich erwartete Teilnehmerzahl von 25.000 machte in Bonn freilich zunächst keinen großen Eindruck. Erst als Gewerkschaft und Unternehmensverband die seit drei Monaten nachlässig geführten Arbeitszeitverhandlungen spektakulär platzen ließen, stieg die Zahl der Anmeldungen binnen weniger Tage auf 80.000. Es wurde die größte Demonstration in dem als Wiege des „Radikalismus“ gefürchteten Ruhrgebiet seit Bestehen der Bundesrepublik. Vor ihrem Stattfinden arbeitete die Bundesregierung binnen eines Tages die bisher herausgezögerte Kohlenzollvorlage aus und verkündete sie öffentlich.⁷² Bei Inkrafttreten der Vorlage wurden nicht nur die von der Gewerkschaft geplanten und angekündigten Schweigemärsche abgeblasen, weil offenbar die Taktik des demonstrativen Radikalismus zumindest vorerst ihr Ziel erreicht hatte. Gewerkschaft und Unternehmensverband nahmen auch die abgebrochenen Verhandlungen über ein Arbeitszeitabkommen wieder auf und erreichten binnen zehn Tagen eine Einigung. Diese wurde dadurch erleichtert, daß die Bundesregie-

⁶⁹ Zur „Kohlefraktion“ im Landtag: Dieter Düding, *Zwischen Tradition und Innovation: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in NRW 1946-1966*, Bonn 1995, S. 221f. Vgl. NRW-Ministerpräsident Meyers an Adenauer 4.11.1958, BAK B 136/2496, Bl. 405-407. Meyers selbst bezeichnete sich als „Briefträger“ in der CDU-Landtagsfraktion 21.9.1959, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (=HStAD) RWN 207/1058; Burckhardt an Adenauer und Erhard 21.1.1959, BAK B 102/33348 bzw. 136/2497, Bl. 242-246.

⁷⁰ Siehe besonders die Protokolle der Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstandes der IGB vom 1.12.1958 und 2.3.1959, IGBE-Archiv 3189.

⁷¹ Vgl. Martiny/Schneider, S. 154f. und Wolfgang Kraushaar, *Die Protest-Chronik 1949-1959*, Hamburg 1996, Band 3, S. 2034.

⁷² Protokoll des Geschäftsführenden Vorstandes der IGB 21.1.1959, IGBE-Archiv 3189; Vorlage Vialons für Globke und dessen handschriftliche Bemerkungen dazu vom 16.1.1959, Notizen sowie Vermerk für Adenauer 22.1., BAK B 136/2500, Bl. 186-189 und 2497, Bl. 250-252.

rung nicht nur durch den Zoll die Ertragslage der Zehengesellschaften verbesserte, sondern sogar noch die Ablösung der von ihnen abgeschlossenen Kohlenimportverträge mitfinanzierte.⁷³ Die Gewerkschaft hatte gegenüber dem anfänglich sehr unwilligen Wirtschaftsminister darauf ausdrücklich wegen der Bedeutung dieser Maßnahme für den Lohnausgleich der Arbeitszeitverkürzung gedrungen.⁷⁴

Im Sommer 1959 zeigte sich allerdings schon, daß der Kohlenzoll der Ruhr kaum Erleichterung brachte. Die Arbeitszeitverkürzung mit teilweisem Lohnausgleich war zudem nicht in der Lage, die „Spitzenstellung des Bergmanns“ gegenüber den Beschäftigten anderer Industriezweige zu gewährleisten. Die Führung der IG Bergbau inszenierte deshalb erneut eine öffentliche Zurschaustellung von „Radikalismus“, diesmal jedoch in einer gegenüber dem Winter 1958/59 verbesserten Weise. Den Startschuß gab diesmal am 5. August eine Funktionärskonferenz in der Essener Grugahalle, auf der mehrere kommunistische Betriebsratsveteranen unter lautem Beifall ausführlich zu Wort kamen. Darauf folgten von Mitte August bis Mitte September Woche für Woche Großdemonstrationen mit Schweigemärschen in jeweils mehreren Städten des Ruhrgebiets. Die Zahl der Teilnehmer daran stieg von anfänglich 35.000 auf schließlich 45.000. Für die auf den 26. September angesetzte Abschlußkundgebung in Bonn trugen sich 200.000 Bergarbeiter in die Teilnehmerlisten ein. Der Bundeshauptstadt stand damit die größte in der BRD je abgehaltene Demonstration bevor.⁷⁵

Der Spekulation von DDR-Radiosendern, daß mit dieser von der IG Bergbau als „Marsch auf Bonn“ bezeichneten, beispiellosen Massenkundgebung der für besonders „radikal“ gehaltenen Bergleute „der Bürgerkrieg im Bundesgebiet beginnen“ werde,⁷⁶ standen die Befürchtungen in Bonn kaum nach. Selbst in Ludwig Erhards Wirtschaftsministerium glaubte man schon nach dem beklatschten Auftritt der Kommunisten in der Funktionärskonferenz der IG Bergbau Zugeständnisse nicht mehr vermeiden zu können, wenn nicht „das Ruhrgebiet politisch in Flammen aufgehen“ sollte. Die Bundesregierung konzedierte deshalb die von der Bergbaubranche gegen den entscheidenden Konkurrenten der Ruhrkohle geforderte Ölsteuer, um „eine auf Grund von sozialer Unruhe verstärkte kommunistische Infiltration“ zu verhindern.⁷⁷

⁷³ Von den 351 Millionen DM Gesamtkosten dieser Aktion trug die dazu gegründete „Notgemeinschaft deutscher Steinkohlenbergbau“ der Unternehmer nach Schätzungen letztlich nur zwischen 255 und 277 Millionen. Vgl. Friedrich Spiegelberg, Energiemarkt im Wandel, Baden-Baden 1970, S. 36, und Volker Bahl, Staatliche Politik am Beispiel der Kohle, Frankfurt 1977, S. 136.

⁷⁴ Protokoll einer Besprechung mit Gutermuth und Erhard 23.1.1959, BAK B 102/33350.

⁷⁵ Die höchsten Teilnehmerzahlen hatten bis dahin Kundgebungen wegen des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 in Hamburg (150 000) und Frankfurt (100 000) sowie gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr 1958 in Hamburg (150 000) aufgewiesen, vgl. Kraushaar, S. 2503, 2511. Zu Planung und Durchführung der Demonstration siehe ebd., 2277-2279, und Der Spiegel vom 30.9.1959, S. 12f.

⁷⁶ Zitiert nach Jahrbuch der IGB 1958/59, S. 242.

⁷⁷ Erhards Staatssekretär Westrick im Kabinettsausschuß für Wirtschaft 13.8.1959 laut Kurzpro-

Es gibt keinen Zweifel, daß Kommunisten 1958/59 an der Ruhr außerordentlich aktiv waren und aus der krisenhaften Situation Kapital zu schlagen versuchten. Von jenseits des Eisernen Vorhangs wurden sie nach Kräften unterstützt. Die DDR schleuste tonnenweise Propagandamaterial ins Ruhrgebiet ein.⁷⁸ Diese Tatsache und die geschickte demonstrative Zurschaustellung von „Radikalismus“ durch die Gewerkschaft der Bergarbeiter bestimmten die Lageeinschätzung der politisch Verantwortlichen. Nur wenige Stimmen traten der unter den Zeitgenossen dominierenden Angst entgegen, daß die kommunistische Propaganda angesichts der Zuspitzung der Bergbaukrise im Winter 1958/59 großes Echo fand. Zu ihnen gehörte das unter Vorsitz des jungen CDU-Politikers Rainer Barzel stehende Komitee „Rettet die Freiheit“. Barzel und seine Mitarbeiter hatten es sich zur Aufgabe gemacht, die von Ost-Berlin ausgehende Agitation in der Bundesrepublik zu beobachten und nach Möglichkeit zu bekämpfen. Obwohl das um Finanzhilfen des Bundes bemühte Komitee seine Daseinsberechtigung gerade aus der Existenz einer „roten Gefahr“ bezog, urteilte es über die umfangreiche Tätigkeit von Funktionären des ostdeutschen Gewerkschaftsbunds im Ruhrgebiet, die Erfolge stünden „in krassem Gegensatz zum Aufwand.“⁷⁹

Dieser Eindruck bestätigt sich bei einer Durchsicht der in Belegschaftsversammlungen aufgesetzten Protest- und Bittschreiben der Bergleute.⁸⁰ Vor allem aber paßt es ins Bild, daß der Gewerkschaftsvorstand, wie in seinen Protokollen ausgewiesen wird, der kommunistischen Propaganda keine besondere Aufmerksamkeit geschenkt hat. Gegenüber Bundes- und Landesregierung wurde von der Führung der IG Bergbau zwar wiederholt nachdrücklich auf damit verbundene Gefahren und eine angebliche „Radikalisierung“ der eigenen Basis hingewiesen. Intern stand dagegen die Diskussion über die gegenüber Bonn zu verfolgende Taktik und die Zusammenarbeit mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau im Vordergrund. Sorge über kommunistischen Einfluß auf die Gewerkschaftsbasis war kaum ein Thema.⁸¹ Nur ein einziges Mal, angesichts des starken Echos auf die Reden der KPD-Betriebsratsveteranen in der Funktionärsversammlung am 5. Au-

tokoll, BAK B 102/33422 und Protokollvermerk Loosen für Adenauer, B 136/2501, Bl. 95-97; vgl. auch bereits den Vermerk Westricks vom 6., die Kabinettsvorlage des Ministeriums vom 10. und die Vorlage Vialons für Adenauer zur Kabinettsitzung am 28.8.1959, ebd. Bl. 57-59, 71-75, 243-246. Daß die IGB die Zahl der Demonstrationsteilnehmer nach erfolgtem Zugeständnis der Regierung auf 60 000 begrenzte, spricht Bände über ihre Taktik.

⁷⁸ Vgl. die Belege und Beispiele in: Die KPD lebt und kämpft: Dokumente der KPD 1956-1962, Berlin 1963, S. 221-224, 330-334, 474-477, 512-514; Kraushaar, S. 2277; BAK B 136/1744, Bl. 503-511. Die Angaben des NRW-Innenministers Dufhues laut Vermerk Vialons für Adenauer vom 14.9.1959 (BAK B 136/2502, Bl. 99-109) sind typisch für die auf Verfassungsschutzberichten basierenden „Analysen“, die von einem Anwachsen kommunistischer Propaganda auf ihre Wirkung kurzschließen, ohne diese überhaupt näher untersucht zu haben.

⁷⁹ Bericht für Februar 1959, BAK B 136/4379. Vgl. auch Barzel an Globke 10.11.1959, ebd. 1744, Bl. 503-507.

⁸⁰ Größere Sammlungen davon finden sich in BAK B 136/2499 und HStAD NW 190/211; ein näheres Eingehen auf diesen Quellenbestand würde leider den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen.

⁸¹ Vgl. IGBE-Archiv 2159, 3189, 3238, jeweils passim.

gust 1959, wurde im Vorstand der IG Bergbau auch intern Furcht vor kommunistischer „Unterwanderung“ laut. Allerdings war die Gewerkschaftsführung darüber höchst unsicher. Vielfach führte man im Vorstand die Schwierigkeiten auf eine Rebellion junger aufstrebender Funktionäre gegen die verkrusteten Hierarchien der Gewerkschaftsorganisation zurück.⁸² Andere Quellen bestätigen, daß ein solcher Generationenkonflikt wirklich vorlag.⁸³ Er kleidete sich überdies tatsächlich weitgehend in Formen eines „Angriffs von links“, ohne jedoch kommunistisch geprägt zu sein. Denn die jungen, sozialdemokratisch orientierten Funktionäre unter Führung des späteren DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter hatten es auf eine Ablösung der alten christlichen Gewerkschaftsführer abgesehen, deren Basis durch die Abkehr der CDU vom Ahlener Programm zwar weitgehend zerkrümelt war, die sich aber umso fester an ihre Machtpositionen im Vorstand klammerten, welche nur noch der 1945/46 festgelegte Proporz ihnen sicherte.⁸⁴

Zudem hatte die Führung der IG Bergbau eine Zurschaustellung von „Radikalismus“ auf der Funktionärskonferenz wenn nicht provoziert, so doch erhofft. Die Konferenz war absichtlich um eine Woche auf den Tag vor einem entscheidenden Gespräch in Bonn vorverlegt worden. Das damit verfolgte Ziel wurde auf der nächsten Sitzung des Vorstands so charakterisiert: „Zunächst sollte die Vorverlegung die Spannung in der Öffentlichkeit erhöhen und ihr Interesse an den von uns vorzutragenden Maßnahmen wecken. Dieser Plan ist gelungen; wir können ein gutes Presseecho verbuchen. Außerdem war es notwendig, die vorhandene Unruhe vor aller Öffentlichkeit zu demonstrieren. Auch das hat ausgezeichnet geklappt.“ Zwar hatte die Gewerkschaftsführung jetzt die Sorge, die beschworenen radikalen Geister unter Kontrolle halten zu müssen, war dabei aber – wie übrigens auch die Unternehmer – zuversichtlich.⁸⁵

Das die kommunistischen Agitatoren unter den Bergarbeitern selbst im Sommer 1959 keinen Anklang fanden, wird schließlich noch von anderer, gut informierter Seite bestätigt. Priesteramtskandidaten der katholischen Kirche im Ruhrbistum Essen, die im Rahmen ihrer Ausbildung Betriebspraktika auf Zechen absolvierten, machten die Beobachtung, daß „trotz all der belastenden Momente viele unserer Kumpel nicht unruhig, auf keinen Fall radikal sind.“⁸⁶ Die Bereitschaft zu demonstrieren sei zwar sehr hoch. „Be-

⁸² Protokoll der Hauptvorstandssitzung 12.8.1959, IGBE-Archiv 3238.

⁸³ Vgl. die Erinnerungen von Jochen Meier, *Wie es begann oder meine Gewerkschaft und ich*, in: *Heimat ist dort, wo du dein Geld verdienst: Geschichten aus der Geschichte des Ruhrgebiets*, Dortmund 1986, S. 73f., und Rudi Hille, *Ich bin im Pütt hängengeblieben*, in: *Bergleute erzählen: Beiträge zur Geschichte der IGBE*, Bochum 1982, S. 37, sowie Roseman, *Recasting the Ruhr*, S. 303-306.

⁸⁴ Vgl. Bericht über den IGB-Kongreß vom 11.6.1958, AdsD PV Bestand Ollenhauer 224.

⁸⁵ Protokoll der IGB-Hauptvorstandssitzung 12.8.1959, IGBE-Archiv 3238, Zitat: van Berk, S. 6f., vgl. auch den Bericht der Informationsabteilung des UVR über die Funktionärskonferenz in: WWA F 22/18.

⁸⁶ Stimmungsbericht in Anlage zum Schreiben des Ruhrbischofs Hengsbach an Westrick 20.8.1959, BAK B 102/33350. Die Anlage wurde von Westrick offenbar nie zur Kenntnis genommen.

wußte kommunistische Tendenzen sind jedoch nicht zu erkennen.“ Charakteristisch für die Haltung der Bergleute sei vielmehr die Aussage: „Wenn unsere Pütts in der Zone lägen, gings uns auch nicht besser.“⁸⁷

Der den Bergarbeitern dennoch anhaftende Ruf des „Radikalismus“ wurde von ihrer Gewerkschaft mit äußerstem taktischen Geschick ausgenutzt. Das Maximalziel, die Kohlenbranche zu konservieren, ließ sich allerdings trotzdem nicht durchsetzen. Erreicht werden konnte letzten Endes doch nur eine staatlich subventionierte Abfederung der Schrumpfung. Für einen „Schwarzen Plan“, den der Bergbau in Anlehnung an den landwirtschaftlichen „Grünen Plan“ forderte, gab es nicht genug Unterstützung. Anders als im Agrarsektor fand zum einen das Argument der Versorgungssicherheit, zumindest vor den Ölkrisen der 1970er Jahre, in der deutschen Öffentlichkeit zu wenig Anklang. Zum anderen mußte der Bergbau stärker als noch die Landwirtschaft mit den Hilfsansprüchen anderer Wirtschaftszweige konkurrieren. Denn mit dem Ende des Wirtschaftswunders wurden auch Branchen wie die Werft- und Textilindustrie von Entindustrialisierungskrisen betroffen. Das hat offenbar generell die Tendenz zu „branchenindividualistischen“ Strategien verstärkt.⁸⁸

⁸⁷ Stimmungsbericht vom 22.7.1959, ebd. 33171.

⁸⁸ Siehe besonders Bo Strath, *The Politics of Deindustrialisation: The Contraction of the West European Shipbuilding Industry*, London 1987; zur Textilindustrie vgl. Michael Breitenacher, *Textilindustrie im Wandel*, Frankfurt 1989; Ders., *Textilindustrie*, Berlin 1971; Wilfried Wunden, *Die Textilindustrie der BRD im Strukturwandel*, Tübingen 1969, und demnächst die Habilitationsschrift von Stephan Lindner.